



# Bulgarien-Infobrief

Herausgegeben vom Deutsch-Bulgarischen Forum e.V., 18. Jahrgang, Nr. 2, Dezember 2014

## Stopp für South Stream

Russland gibt seine Pläne für die Pipeline South Stream auf, mit der russisches Erdgas unter Umgehung der Ukraine bis nach Südeuropa geliefert werden sollte. „Das Projekt ist vom Tisch. Das war's“, sagte der Chef des russischen Gas-Monopolisten Gazprom, Alexei Miller. Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin in Ankara gesagt, wegen des Widerstandes der Europäischen Union könne die Gasleitung derzeit nicht fertiggestellt werden. Insbesondere Bulgarien habe sich durch seine „Blockadehaltung“ als unzuverlässiger Partner erwiesen.

Mit der Pipeline South Stream sollte russisches Erdgas durch das Schwarze Meer und unter Umgehung der Ukraine durch Bulgarien und Südosteuropa bis nach Österreich geliefert werden. Gebaut wurde an der 40 Milliarden Dollar teuren Leitung unter Führung von Gazprom. Die EU-Kommission hat jedoch wiederholt erklärt, sie halte es für unzulässig, dass ein Erdgaslieferant zugleich den Zugang zu den Pipelines kontrolliert. Das EU-Mitglied Bulgarien hat deshalb seine Arbeiten an South Stream auf Eis gelegt.

Nach dem Aus für die transeuropäische Erdgasleitung South Stream hat der russische Energieriese Gazprom einen Strategiewechsel für Europa beschlossen. Die Einstellung Russlands zum europäischen Markt ändere sich grundlegend, sagte Gazprom-Chef Alexei Miller dem Moskauer Staatsfernsehen in einem Interview. „Das ist der Anfang vom Ende unseres Modells, bei dem wir uns auf Lieferungen bis zum Endverbraucher auf dem europäischen Markt orientierten“, sagte Miller. Die EU sehe sich nach ihrem Boykott von South Stream künftig dem neuen mächtigen Transitland Türkei gegenüber, sagte Miller. Als strategischer Partner Russlands werde die Türkei künftig in Europa 50 Milliarden Kubikmeter Gas verteilen können. Dieses „Gasventil“ könne das

Land im geopolitischen Machtpoker mit der EU einsetzen.

„Was die Umfänge unserer Lieferungen angeht, so kommt die Türkei dann nach Deutschland auf dem zweiten Platz“, sagte Miller. Während Deutschland für den Norden Europas das wichtigste Verteilungszentrum für russische Gaslieferungen sei, werde die Türkei künftig diese Stellung im Süden einnehmen. Die Rolle der Ukraine - bisher das wichtigste Transitland für russische Gaslieferungen in die EU - werde bedeutungslos sein, sagte Miller. Kremlchef Wladimir Putin sprach mit dem serbischen Präsidenten Tomislav Nikolic und dem

selbst die Leitungen zu den Verbrauchern verlegen, betonte Miller. Gazprom werde sich demnach nicht mehr um den Bau von Leitungen in der EU kümmern. Der Konzernchef begründete den Kurswechsel von Gazprom mit der EU-Bürokratie, der die russische Seite die Schuld für das Scheitern des Projekts gibt.

Folgenreich ist das Aus für South Stream vor allem für Bulgarien. Nach Darstellung Millers muss das EU-Land nicht nur auf 6000 Arbeitsplätze verzichten. Es blieben zudem drei Milliarden Euro Investitionen sowie



*Die rund 2400 Kilometer lange Pipeline soll unter Führung des russischen Energieriesen Gazprom gebaut werden und jährlich bis zu 63 Milliarden Kubikmeter Gas über das Schwarze Meer in die EU transportieren.*

ungarischen Regierungschef Viktor Orban am Telefon über die Auswirkungen der South-Stream-Absage und die weitere Zusammenarbeit im Energiesektor, wie der Kreml mitteilte. Mit beiden Politikern unterhält Moskau engere Beziehungen.

Die Entscheidung sei endgültig, betonte Miller im Staatsfernsehen. Zwar habe Russland bereits vier Milliarden Euro auf seinem eigenen Gebiet in den Leitungsbau investiert. Allerdings würden diese Kapazitäten künftig für die Lieferungen in die Türkei genutzt. Die bestellten Leitungsrohre würden ebenfalls - wie für South Stream geplant - durch das Schwarze Meer verlegt, sagte Miller. Anlandepunkt sei dann aber die Türkei und nicht das EU-Mitglied Bulgarien.

Künftig müssten die Versorger in Europa

die jährlichen Transitgebühren aus. Außerdem würden die bisher durch Bulgarien transportierten 18 Milliarden Kubikmeter Gas ebenfalls in das neue Transitland Türkei umgeleitet. Miller dazu: „Bulgarien und die Ukraine haben in dem Machtpoker verloren.“ Jetzt hofft Kroatien davon zu profitieren und will als Alternative zu russischem Erdgas auf der Adriainsel Krk ein Terminal für Flüssiggas aus anderen Erdteilen errichten.

**Hintergründe  
Reaktionen  
Pressestimmen**  
auf Seite 2

## EU sucht Alternativen für Gasleitung South Stream

Nach dem Aus für die Gaspipeline South Stream wollen die Staaten Südosteuropas alternative Projekte vorantreiben und das Gespräch mit Russland suchen. Darauf verständigten sich die Vertreter von sieben Staaten in Brüssel mit der EU-Kommission. Sie wiesen auf die „derzeit inoffizielle Natur“ der russischen Ankündigung zum Stopp von South Stream hin und baten den Vizepräsident der Energieunion, Maros Sefcovic, „die Situation mit der russischen Seite zu klären“.

Zuvor hatten sich Minister oder ihre Vertreter aus Österreich, Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Italien, Rumänien und Slowenien mit Sefcovic getroffen. Ungarn war zwar ebenfalls vertreten, unterzeichnete die Erklärung aber nicht - warum, war vorerst unklar.

Generell plädieren die sieben Länder für eine stärkere Anbindung der Region an den europäischen Energiemarkt und für Bezug von Energie aus neuen Quellen. Dabei nennen sie zum Beispiel Flüssiggas, den Ausbau von Gasleitungen ans Kaspische Meer und die Erschließung von Gasreserven im



östlichen Mittelmeer oder dem Schwarzen Meer. In einer gesonderten Erklärung forderten Griechenland, Bulgarien und Rumänien den Bau von Gasleitungen, die die drei Länder miteinander verbinden sollen. Die Staaten hoffen auch auf Geld der EU.

Die EU arbeitet unter anderem am Ausbau des sogenannten „Südlichen Korridors“, über den Gas vom Kaspischen Meer nach Europa fließen soll. Sefcovic sagte vor dem Treffen, er habe von Aserbaidzhan Zusicherungen erhalten, dass geplante Pipelines zügig gebaut würden.

„Im Jahr 2019 würden sie das Gas vom Kaspischen Meer gerne bis zur europäischen Grenze liefern“, sagte Sefcovic. Die EU berate nun über eine spezielle Expertengruppe, die das Projekt vorantreiben könnte.

### Die Pipeline

Die 2380 Kilometer lange Röhre sollte von Russland unter Wasser durch das Schwarze Meer nach Bulgarien führen. Ein Strang sollte von Bulgarien weiter nach Serbien und Ungarn bis ins österreichische Baumgarten steuern. Ein weiterer Strang war von Bulgarien über Griechenland nach Italien geplant. Die Röhre mit einer Kapazität von rund 60 Milliarden Kubikmetern zählt zu den weltweit größten Energie-Infrastrukturprojekten. Rund 38 Millionen Haushalte - was beinahe der Größe von Deutschland entspricht - in Südost- und Südeuropa sollten dadurch mit Gas versorgt werden.

### Die Beteiligten

An dem Teilstück, das unter Wasser durch das Schwarze Meer verläuft, sind neben Gazprom (50 Prozent) der italienische Versorger Eni (20 Prozent), das französische Energieunternehmen EDF (15 Prozent) sowie die deutsche BASF-Tochter Wintershall (15 Prozent) beteiligt. An dem über Land laufenden Pipeline-Projekt sind Unternehmen aus Ländern, durch die Röhre laufen soll, sowie Gazprom je zur Hälfte beteiligt. Dies sind unter anderem der österreichische Erdöl- und Gaskonzern OMV, die Bulgarian Energy Holding oder die serbische Srbijagas.

### Die Kritik

Die EU-Kommission stört sich daran, dass ein Erdgaslieferant zugleich den Zugang zu den Pipelines kontrolliert. Kritisiert wird auch, dass die Leitung einen weiteren Lieferweg eröffnet und die Abhängigkeit vom russischen Erdgas nicht verringert.

### Pressestimmen

*Die links-liberale ungarische Tageszeitung „Nepszabadsag“:*

„Der große Verlierer ist Putins Russland: Es wird isoliert, bleibt ohne Kapital und Technologie und verliert einen Großteil seiner Einkünfte. Der Zeitpunkt der erwarteten Katastrophe ist noch unbekannt, sicher aber ist, dass dies die Grundfesten des Regimes (von Putin) erschüttern wird.“

**„Kieler Nachrichten“**

Moskau geht die Luft aus für teure geostrategische Investitionen. Öl- und Gaspreis sind eingebrochen, die Entwicklung auf dem Weltmarkt reißt gewaltige Löcher in die Staatskasse. Die massive Kapitalflucht schwächt die russische Wirtschaft zusätzlich. Mit dem überraschenden Abschied von South Stream muss Putin also eingestehen, dass sein angeblich so autarkes Reich Schwäche zeigt. Die aggressive Ukraine-Politik mag kurzfristig Geländegewinne bringen. Langfristig kommt sie Russland teuer zu stehen.

**„Landeszeitung“ (Lüneburg)**

Obwohl das Aus für die South-Stream-Pipeline erhebliche Spuren in den Bilanzen von Siemens, Wintershall und Europipe hinterlassen wird, muss Putins Rückzug als Sieg der EU gewertet werden. Brüssel schlug dem Kreml eine politische Waffe aus der Hand, mit der EU-Staaten gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die EU hat endlich erkannt, dass Energiepolitik nicht nur ein wichtiges Mittel ist, um das Klima zu schützen, sondern auch, um die Sicherheit zu wahren. Mit der South-Stream-Pipeline wären der Ukraine Durchleitungsgebühren entgangen; Serbien, Bulgarien und auch Ungarn wären stärker in russische Abhängigkeit geraten, quasi Putins Brückenkopf geworden.

**„Saarbrücker Zeitung“:**

Die Auftritte des Präsidenten bleiben bizarre Show-Acts, die mit dem Scheinverfälscht verlöschen. Dass er nun noch einmal die Energie-Karte ausspielt, zeigt, wie wenig er die Befindlichkeit in der EU verstanden hat. Dort braucht man zwar sibirisches Gas, aber nur noch einige Jahre. Dann wird man es ersetzen können. Das ergibt eine denkbar kurze Bewährungsfrist für Russland, um sich als unverzichtbarer ökonomischer Partner aufzustellen. Voraussetzung wäre, dass Moskau nicht nur das Völkerrecht, sondern auch die europäischen Spielregeln ernstnimmt. Putin bleibt nicht mehr viel Zeit, das zu verstehen.

## Gemeinsamer Kurs bei Energieversorgung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich dafür ausgesprochen, dass Bulgarien mit Russland neue Gespräche über den Bau der South-Stream-Gaspipeline führt. Man müsse diese Gespräche auf Grundlage der bereits beschlossenen Verträge führen, sagte sie in Berlin nach einem Treffen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Boiko Borissov. Die EU habe sich nie grundsätzlich gegen einen Bau der Leitung ausgesprochen. Bundeskanzlerin Merkel hat dem bulgarischen Ministerpräsidenten in Fragen der Energieversorgung Unterstützung zugesagt. Im Hinblick auf die „South Stream“-Pipeline müsse die Rechtslage zusammen mit Russland nüchtern geprüft werden. Dabei werde Deutschland Bulgarien „hilfreich zur Seite stehen“, so Merkel. Der bulgarische Ministerpräsident sagte, er wolle das



*Schwerpunkt der Gespräche war die Rolle Bulgariens bei der Energieversorgung in Europa.*

Thema South Stream auf dem EU-Gipfel ansprechen. Dabei gehe es auch um die Frage, ob Bulgarien finanzielle Unterstützung dafür bekomme, zum Gasverteil-Zentrum im Südwesten der EU zu werden.

Die Wirtschaftslage Bulgariens sei nicht einfach, so die Bundeskanzlerin. Deshalb sollten Deutschland und Bulgarien eng kooperieren. Sie habe den Eindruck, „dass die neue Regierung die Dinge, die verbessert werden müssen, zum Beispiel Korruption und Kriminalität, auch entschieden angehen will“. Der Schengen-Beitritt Bulgariens werde beim EU-Rat im März ein Thema sein, auch darauf verwies Merkel. Das EU-Mitgliedsland Bulgarien ist bisher kein Vollmitglied des Schengen-Raums, die Grenzkontrollen zwischen Bulgarien und dem Schengen-Raum werden aufrechterhalten.

### Bulgarien mit Minderheitsregierung

Die vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2014 ergaben den Einzug von acht Parteien ins bulgarische Parlament. Die Partei GERB („Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens“) ging mit 84 von insgesamt 240 Sitzen zwar als stärkste Kraft hervor, die absolute Mehrheit wurde jedoch verfehlt. 39 Sitze entfielen auf die Sozialisten („Bulgarische Sozialistische Partei“ BSP), 38 Sitze auf die Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien („Bewegung für Rechte und Freiheiten“ DPS), 23 Sitze auf den Reformblock, 19 Sitze auf die Patriotische Front, 15 Sitze auf Bulgarien ohne Zensur, 11 auf die Partei des früheren Staatspräsidenten Parvanov, ABV, und 11 Sitze auf Ataka.

Die Regierung besteht aus dem GERB-Vorsitzenden Boyko Borisov, Ministerpräsident, 4 Stellvertretern (2 GERB, Reformblock, ABV), 10 Ministern der konservativen GERB, 7 Ministern des konservativen Parteienbündnisses Reformblock sowie einem Minister der sozialdemokratischen ABV. Die Mitte-rechts-Minderheitsregierung aus GERB mit Reformblock (107 Sitze von 240), zum ersten Mal in Bulgarien mit einem Koalitionsvertrag, wird im 2+2 Format von der ABV sowie der nationalistischen Patriotischen Front unterstützt, mit denen ein Partnerschafts- resp. Unterstützungsabkommen unterzeichnet wurde.

Die Regierung steht vor der großen Herausforderung, die wirtschaftlich und sozial prekäre Situation des Landes zu verbessern und das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Konkrete Vorhaben betreffen in diesem Zusammenhang umfassende Reformen der Staatsstrukturen, wirtschaftliches Wachstum sowie soziale Gerechtigkeit. Zudem soll die Situation für Unternehmer und ausländische Investoren verbessert und das Bildungswesen ausgebaut werden. Hinzu kommen Reformen im Justizwesen, die besonders im Kontext des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus, der von der EU-Kommission gesteuert wird, von Relevanz sind.

### Zusammensetzung des Kabinetts:

Boyko Borisov – Ministerpräsident  
 Rumyana Bachvarova – Vize, Koalitionspolitik und öffentliche Verwaltung,  
 Meglena Kuneva – Vize, EU-Politik und institutionelle Angelegenheiten  
 Tomislav Donchev – Vize, EU-Fonds und Wirtschaftspolitik  
 Ivailo Kalfin – Vize, Bevölkerungs- und Sozialpolitik und Minister für Arbeit und Soziales  
 Vladislav Goranov – Finanzminister  
 Veselin Vuchkov – Innenminister  
 Lilyana Pavlova – Ministerin für regionale Entwicklung und Infrastruktur  
 Nikolay Nenchev – Verteidigungsminister  
 Daniel Mitov – Außenminister  
 Hristo Ivanov – Justizminister  
 Prof. Todor Tanev – Minister für Bildung und Wissenschaft  
 Petar Moskov – Gesundheitsminister  
 Vezhdi Rashidov – Minister für Kultur  
 Ivelina Vasileva – Ministerin für Umwelt und Wasser  
 Desislava Taneva – Ministerin für Landwirtschaft und Ernährung  
 Ivaylo Moskovski – Minister für Verkehr, Informationstechnologie und Kommunikation  
 Bozhidar Lukarski – Wirtschaftsminister  
 Temenuzhka Petkova – Ministerin für Energie  
 Nikolina Angelkova – Ministerin für Tourismus  
 Krasen Kravev – Minister für Jugend und Sport

## Vereinbarung

### IPS-Stipendiaten auch mit Praktikum im bulgarischen Parlament

**IPS**

Internationales Parlaments-Stipendium  
des Deutschen Bundestages



Das bulgarische Parlament und der Deutsche Bundestag haben sich darauf geeinigt, dass die für das „Internationale Parlaments-Stipendium“ (IPS) des Deutschen Bundestages ausgewählten bulgarischen Stipendiaten ein Praktikum auch in der bulgarischen Nationalver-

sammlung absolvieren. Eine entsprechende Vereinbarung wurde in Sofia von Dimitar Glavchev, stellvertretenden Vorsitzenden des bulgarischen Parlaments, und einer deutschen parlamentarischen Delegation unter Leitung der Abgeordneten Anja Hajduk unterschrieben.

Demnach werden die IPS-PraktikantInnen vor ihrer Entsendung nach Berlin eine Vorbereitung in der bulgarischen Nationalversammlung erhalten. Beginnend mit den für 2015 ausgewählten vier Stipendiaten ist beabsichtigt, diesen auch nach ihrer Rückkehr ein Praktikum im bulgarischen Parlament anzubieten.

Im Rahmen des IPS erhalten insgesamt 120 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus 41 Staaten vom 2. März bis 31. Juli 2015 die Gelegenheit, das parlamentarische System Deutschlands innerhalb eines vom Deutschen Bundestag finanzierten Stipendiums kennen zu lernen. Ziel des Programms ist es, Politikabläufe und demokratische Entscheidungsprozesse hautnah mitzuerleben. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten arbeiten in einem Büro einer/eines Bundestagsabgeordneten und können darüber hinaus an Lehrveranstaltungen der Berliner Universitäten teilnehmen.

Das Programm steht unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages und wird in Zusammenarbeit mit den drei Berliner Universitäten durchgeführt. Alle Reise-, Unterkunfts- und Versicherungskosten einschließlich eines monatlichen Stipendiums werden vom Deutschen Bundestag gezahlt.

Nähere Informationen über das Programm finden Sie auf der Internetseite: <http://www.bundestag.de/ips>

Quelle: Deutsche Botschaft in Sofia

## Personalien

### Bundesverdienstkreuz für Bürgermeisterin von Sofia



© Deutsche Botschaft Sofia

Der Deutsche Botschafter Detlef Lingemann hat der Bürgermeisterin von Sofia Jordanka Fandakova das Bundesverdienstkreuz I. Klasse überreicht. Sie wird damit für ihre langjährigen Verdienste um die Deutsch-Bulgarischen Beziehungen geehrt. Wie Botschafter Lingemann in seiner Rede betonte, hat Frau Fandakova seit 1985 einen großen Beitrag für das Lehren der deutschen Sprache in Bulgarien und für den bilateralen kulturellen Austausch sowie den Erfolg zahlreicher sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Projekte zwischen beiden Ländern geleistet.

### Prof. Dr. Gerd-Winand Imeyer feiert Jubiläum



Prof. Dr. Gerd-Winand Imeyer, Honorargeneralkonsul Bulgariens für die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und langjähriger Vorstandschef der HanseMercur Versicherungsgruppe ist 80 Jahre alt geworden. Er gehört zu den am längsten amtierenden Honorarkonsuln der Stadt.

Seit 22 Jahren vertritt er in der Hansestadt Bulgarien mit unermüdlichem Engagement.

Im Namen des Deutsch-Bulgarischen Forums überbringen wir herzliche Glückwünsche und Geburtstagsgrüße aus Berlin und wünschen zum großen Ehrentag alles Gute, noch viele Pläne für die Zukunft und nachhaltige Gesundheit für sein nun beginnendes 9. Jahrzehnt!

### Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!



Das Deutsch-Bulgarische Forum bedankt sich ganz herzlich bei allen Mitgliedern und Freunden für die treue Unterstützung im Jahr 2014! Wir wünschen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr!